

Volkswagen AG Gesamtbetriebsausschuss

Erklärung zum geplanten Atommüllendlager Schacht Konrad in Salzgitter-

Mit Besorgnis nimmt der GBA zur Kenntnis, dass im Rahmen der Konsensgespräche zwischen der Bundesregierung und der Atomindustrie die Genehmigung für das geplante Atommüllendlager Schacht Konrad in Salzgitter **aktuell** wird.

Insgesamt befinden sich mehr als 50.000 versicherungsrechtlich erfasste Arbeitsplätze in unmittelbarer Nähe des geplanten Endlagers.

Wir sind der Auffassung, dass die Errichtung eines Atommüllendlagers in dieser Industrieregion strukturellpolitisch unverantwortlich ist und verheerende Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Gesundheit der Menschen in dieser Region mit sich bringt.

Wenn es in dieser Region zur Einlagerung von Atommüll kommen sollte, dann muss mit einem Einlagerungsbetrieb von bis zu 40 Jahren gerechnet werden. Über einen solchen Zeitraum sind Transportunfälle, die unabschätzbare Folgen haben können, nicht auszuschließen. Im Rahmen des laufenden Planfeststellungsverfahrens spielt die Frage des Transportes jedoch keine Rolle.

Darüber hinaus gibt es begründete Zweifel an der Sicherheit. Schacht Konrad ist aus geologischen Gründen nicht geeignet. Eisenerz als wärmeleitendes Gestein bietet die schlechteste Voraussetzung für die Einlagerung von Atommüll.

Als Vertreter der VW-Belegschaften befürchten wir, dass es im Falle einer Genehmigung von Schacht Konrad zu erheblichen Standortnachteilen insbesondere für Volkswagen Salzgitter kommen wird. Die unabsehbaren Risiken werden Auswirkungen auf das Image der Region haben und es ist zu befürchten, dass Arbeitsplätze massiv gefährdet sind.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf, von der Genehmigung des Atommüllendlagers Schacht Konrad Abstand zu nehmen.

Im Rahmen der Konsensgespräche kann nicht ein unsicherer Standort wie Schacht Konrad als Atommüllendlager verkauft werden. Wenn ein Beschluss zum Ausstieg aus der Atomindustrie vorliegt, muss ein neues Standortsuchverfahren auf Grundlage von objektiven Kriterien eingeleitet werden, um ein geeignetes Endlager zu finden.

Wir schließen uns daher der „Initiative 2000 – Gewerkschafter gegen Konrad“ an.

Wolfsburg, 2000-05-04